



Mehr als nur Gewerkschaft

Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union



DER FASCHISMUS GEGEN DIE ARBEITER*INNENBEWEGUNG

Ein Reader der FAUB Sektion Potsdam
zum libertären 1. Mai in Chemnitz

INHALT

ZUR GESCHICHTE DES 1. MAI

Anarchistische Tradition - Faschistische Vereinnahmung
- Bürgerliche Aushöhlung

02

FASCHISTISCHE ORGANISATION UNTER ARBEITER*INNEN

Nationaler „Sozialismus“ - Zerschlagung der Gewerkschaften - Deutsche Arbeitsfront

06

AKTUELLE KONZEPTE UND ANSÄTZE RECHTER GEWERKSCHAFTSARBEIT

Korporatismus - Patriotische Betriebsräte, konservative Gewerkschaften - Parteipolitische Vorfeldorganisierung

09

ANARCHOSYNDIKALISTISCHE GEGENSTRATEGIEN

Einheit von Theorie und Praxis des Syndikalismus - Internationale Solidarität - Arbeiter*innenselbstverwaltung

12

1. MAI: TAG DER ARBEITSKÄMPFE

Abenddemo für die klassenlose Gesellschaft

15

ZUR GESCHICHTE DES 1. MAI

Die Geschichte des 1. Mai

Die Vereinigten Staaten in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts: Die Lebenssituation der Arbeiter*innen ist geprägt von schlechten Arbeitsbedingungen, häufig mehr als 10 Stunden Lohnarbeit pro Tag und Löhnen, die nur schwerlich zum Überleben ausreichen.

Die Wut über die Ausbeutung durch die Boss*innen, die Soziale Ungleichheit und die Forderung nach einer Veränderung der bestehenden Verhältnisse brach sich immer häufiger in Form von Streiks und Aufständen der Arbeiter*innen Bahn. Diese wurden nicht selten von der Polizei, Streikbrecher*innen und von den Boss*innen angeheuerten Söldnern blutig niedergeschlagen.

Die zunehmende Organisierung der Arbeiter*innen wurde von anarchistischen und sozialistischen Immigrant*innen, die in ihren Herkunftsländern auf Grund ihrer politischen Aktivität verfolgt wurden, zusätzlich vorangetrieben. So propagierten Aktivist*innen um den deutschen Anarchisten August Spieß und den anglo-amerikanischen Anarchisten Albert R. Parsons die massenhafte Organisation der Arbeiter*innen in Gewerkschaften. In Chicago schlossen sie sich mit mehreren tausend anderen Arbeiter*innen in der International Working People's Association [Internationale Arbeiter*innen Organisation] (IWPA) zusammen. Die Stadt ist zu dieser Zeit ein Zentrum der Arbeiter*innenbewegung, da es in der Region viele Industriebetriebe gab. Die IWPA war in Chicago eine treibende Kraft und propagierte ihre Ziele in Zeitungen verschiedenster Sprachen.

Neben dem allgemeinen Kampf gegen das kapitalistische System und gegen die Fremdbestimmung der Arbeiter*innen durch die herrschende Klasse, wurde die Einführung des 8-Studentags gefordert. Die Durchsetzung der Ziele wurde bei Streiks durchaus auch mit militanten Protesten verteidigt, da davon ausgegangen wurde, dass die Boss*innen ihre Privilegien nicht freiwillig aufgeben würden.

Die Forderung nach kürzeren Arbeitszeiten spitze sich 1884 zu, als die die IWPA zusammen mit der US-amerikanische Gewerkschaftsföderation erklärte, dass ab dem 1. Mai 1886 der Achtstundentag für alle Arbeitenden zu gelten habe.

Die Ereignisse des 1. Mai 1886

Als am ersten Mai 1886 in den Vereinigten Staaten mehrere Hunderttausend Arbeiter*innen in den Generalstreik eintraten, wurde die Forderung nach dem 8-Stundentag an vielen Orten und in vielen Branchen sofort durchgesetzt.

In Chicago gingen an diesem Tag 80.000 Menschen auf die Straßen. Da nicht alle Boss*innen sofort klein beigaben, wurden die Streiks über mehrere Tag fortgesetzt. Am 3. Mai erschoss die Polizei bei dem Versuch eine Versammlung aufzulösen vier Arbeiter*innen. Als Reaktion auf die Gewalt rief August Spieß die Arbeiter*innen in einem Flugblatt auf, am 4. Mai bewaffnet zu einer Protestveranstaltung auf dem Haymarket in Chicago zu erscheinen. Die Versammlung am 4. Mai mit Reden von Spieß, Parsons und anderen verlief trotz des militanten Aufrufs zunächst friedlich. Als die Polizei die Veranstaltung auflösen wollte, wurde von einer unbekanntenen Person eine Bombe auf Polizisten geworfen, wobei 6 von ihnen starben. Daraufhin schoss die Poliezi in die Menge, tötete dabei drei Arbeiter*innen und verletzte viele weitere.

03 |

Die Folgen der Haymarket-Versammlung

Die Ereignisse auf dem Haymarkt löste eine Welle von Festnahmen unter Anarchist*innen, Sozialist*innen und Gewerkschafter*innen aus. Die Behörden beschworen die Gefahr anarchistischer Gewalttaten, nachdem es nun zum ersten Mal auch Opfer unter den Sicherheitskräften gegeben hatte.

Anklage wegen Mordes wurde schließlich gegen die Anarchisten August Spies, Albert Parsons und Samuel Fielden, Michael Schwab und Adolph Fischer, Oscar Neebe, Louis Lingg und George Engel erhoben, obwohl keine stichhaltigen Hinweise für ihre Schuld vorlagen und sie zum Teil

nicht einmal bei der Versammlung anwesend waren. Trotz internationaler Proteste und einer von Lucy Parson organisierten landesweiten Solidaritätskampagne wurden Engel, Fischer, Parsons, Spies und Lingg ohne Beweise seitens der Anklage zum Tode verurteilt. Fiedel und Schwab erhielten lebenslängliche Gefängnisstrafen. Trotz ihrer aussichtslosen Lage nutzten sie ihre Reden vor Gericht nicht zu ihrer Verteidigung sondern als Plädoyer für anarchistische und sozialistische Ideen und als Anklage des kapitalistischen Systems. Spies setzte den Vorwürfen gegen seine Ideale entgegen, dass der Anarchismus nicht Blutvergießen noch Räuberei oder Brandstiftung bedeute. Diese Ungeheuerlichkeiten seien vielmehr charakteristische Züge des Kapitalismus. Anarchismus und Sozialismus stünden vielmehr für Friede und Ruhe für alle. Die Reden aller Angeklagten wurden weltbekannt.

Im November 1886 wurden sie hingerichtet — ohne ihre Überzeugungen zu verleugnen. Albert Parsons soll vor seiner Ermordung gesagt haben: „Die Zeit wird kommen, da unser Schweigen im Grabe mächtiger sein wird als die Stimmen, die ihr heute erdrosselt.“

Die damalige staatliche Kampagne gegen die anarchistische Gefahr war ein harter Schlag für die Arbeiter*innenbewegung in den USA und trägt bis heute zum schlechten Ruf des Anarchismus bei. Auch die 1883 erfolgte Aufhebung des Urteils durch den Gouverneur von Illinois konnte daran nichts ändern. Er ließ dazu verlauten: „Keiner der Angeklagten konnte mit dem Fall in Verbindung gebracht werden. Die Geschworenen waren parteiisch ausgewählt.“

Der 1. Mai: Kampftag der Arbeiter*innen

Auf dem Gründungskongress der zweiten Internationalen in Paris wurde der erste Mai zum Kampftag der Arbeiter*innenklasse ausgerufen. Er sollte ein Tag zum Gedenken an die Opfer des Haymarket werden.

1890 wurde der Tag zum ersten Mal mit Massenstreiks und Massenprotesten an verschiedenen Orten der Welt begangen.

Seitdem wurde der 1. Mai von vielen politischen Systemen vereinnahmt. In der Sowjetunion und in der DDR wurden staatlich organisierte Paraden abgehalten. Im deutschen Nationalismus wurde er als „Tag der deutschen Arbeit“ zum Feiertag erklärt. Heute ist der 1. Mai in Deutschland

als „Tag der Arbeit“ ein Feiertag, der von den etablierten Gewerkschaften mit Stadtfesten und Umzügen begangen wird.

Viele Anarchist*innen sind der Meinung, dass die Nutzung des ersten Mai für diese Zwecke der eigentlichen Bedeutung dieses Tages als Gedenktag und Kampftag der Arbeiter*innenbewegung nicht gerecht wird. Ein Tag, an dem Menschen gedacht werden soll, die ihr Leben dem Kampf gegen den Kapitalismus und staatliche Autoritäten gewidmet haben, kann nicht als Staatsakt begangen werden. Auch eine Umdeutung des Tages für nationalistische Interessen widerspricht fundamental den Ideen der Menschen denen gedacht werden sollte. Der Anarchist Rudolf Rocker sagte 1922: „[...] ein Symbol internationaler Solidarität soll der 1. Mai sein, nicht begrenzt durch die heimatlichen Schranken des nationalen Staates, die immer nur den Interessen der privilegierten Minderheiten im Lande entsprechen. Zwischen den Millionen, die das Joch der Lohnsklaverei auf ihren Schultern tragen müssen, besteht eine Einheitlichkeit der Interessen, einerlei welche Sprache sie reden und unter welcher nationalen Flagge sie geboren werden“.

Der 1. Mai sollte ein Tag sein, an dem wir uns daran erinnern wie wichtig die weltweite Solidarität der Arbeitenden ist, um sich gegen die Profitinteressen der Boss*innen und Staaten zur Wehr zu setzen.

FASCHISTISCHE ORGANISATION UNTER ARBEITER*INNEN

Historisch betrachtet sind Arbeiter*innenorganisationen in der Regel links. Das ist wenig verwunderlich, schließlich basieren linke Bewegungen auf Grundwerten von Solidarität und Gleichheit. Eine Grundvoraussetzung dafür ist das Klassenbewusstsein. Menschen schließen sich zusammen, um gemeinsam gegen Kapitalist*innen und Besitzverhältnisse zu kämpfen.

Dennoch gab und gibt es in der Arbeiter*innenschaft immer wieder rechte und faschistische Organisationsversuche. Da faschistische Ideologien jedoch die Ungleichheit der Menschen voraussetzen, was dem Gleichheits- und Solidaritätsgedanken unvereinbar gegenübersteht, unterscheiden sich folglich auch die Organisationsformen.

Neben traditionell linken Gewerkschaften bildete sich in Deutschland 1927 auch eine faschistische Gewerkschaft, die Nationalsozialistische Betriebszellen Organisation (NSBO). Nach der Machtübergabe wurde der 1. Mai von Hitler zum Nationalfeiertag erklärt und gleichzeitig vereinbart. Die Arbeiter*innenschaft war zu dieser Zeit noch überwiegend in freien Gewerkschaften organisiert, was sich an den Betriebsratswahlen im März 1933 zeigt, in welchen die freien Gewerkschaften 73,4 % der Stimmen erhalten, die nationalistische NSBO nur 11,7 %. Dennoch fanden im gesamten Deutschen Reich Kundgebungen und Aufmärsche statt und in Berlin konnten Hunderttausende mobilisiert werden, um am nationalsozialistischen „Feiertag der nationalen Arbeit“ Hitlers Rede auf dem Tempelhofer Feld anzuhören. Aus gewerkschaftlichen Reihen kam es nur zu geringem Widerstand mit kleineren oppositionellen Kundgebungen, welche jedoch keine sonderliche Ausstrahlung hatten.

Auf den 1. Mai 1933 folgte der 2. Mai, der Tag der Zerschlagung der Gewerkschaften. Um ihre Macht zu sichern wurden um 10 Uhr vormittags im gesamten Deutschen Reich Gewerkschaftshäuser durch SA und SS

gestürmt, Gewerkschafter*innen verhaftet und misshandelt, Gewerkschaftseigentum beschlagnahmt und Unterlagen konfisziert oder verbrannt. Die freien Gewerkschaften waren zerschlagen. Der Beschluss zur Gleichschaltung und gewaltsamen Übernahme der Gewerkschaften wurde bereits am 16. April 1933 beschlossen. Goebbels schrieb dazu am 17. April 1933 in seinem Tagebuch: „Den 1. Mai werden wir zu einer grandiosen Demonstration deutschen Volkswillens gestalten. Am 2. Mai werden dann die Gewerkschaftshäuser besetzt.“

Die freien Gewerkschaften wurden mit Gewalt und Zwang faschistischer Organisierung unterworfen. Unter dem nationalsozialistischem Regime wurde Gewerkschaftsarbeit im eigentlichen Sinne unmöglich. 1936 wurden 11.687 Personen aufgrund illegaler sozialistischer Tätigkeit festgenommen. 1939 betrug die Zahl politischer Häftlinge in Konzentrationslagern rund 25.000 und stieg bis 1942 auf etwa 100.000. Mindestens 25.000 Menschen wurden als politische Oppositionelle zum Tode verurteilt.

An die Stelle der freien Gewerkschaften trat am 10. Mai 1933 die nationalsozialistische Deutsche Arbeitsfront (DAF), welche die NSBO ablöste und sich an „alle schaffenden Deutschen“ richtete und ein Verbund von Arbeiter*innen und Arbeitgeber*innen war – eine ungünstige Kombination zur Durchsetzung der Interessen von Arbeiter*innen. In diesem Vorgehen zeigt sich auch der Antisemitismus, der völkischem Antikapitalismus zugrunde lag: Statt um wirtschaftliche Interessen ging es darum, das „schaffende Kapital“ („arische“ Bosse) zu schützen und das „raffende Kapital“, vermeintlich personalisiert durch jüdische Menschen, zu vernichten.

07

Doch um diese sollte es auch nicht gehen. Stattdessen war nach Anordnung Hitlers das Ziel der DAF die „Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft, die dem Klassenkampfgedanken abgeschworen hat“ und welche den „größten Nutzen für die Volksgemeinschaft gewährleiste[n]“ sollte. Die DAF schaffte das Streikrecht ab und wurde im Oktober 1934 schließlich offizieller Teil der NSDAP und nach dem Führerprinzip hierarchisch organisiert. Die Einheitsmitgliedschaft war eine „freiwillige, aber erwünschte“ und ermöglichte es der DAF und dem NS-Regime die Bevölkerung sowohl im Beruf als auch in der Freizeit zu kontrollieren und zu indoktrinieren. 1942 war sie mit 25 Millionen Mitgliedern die größte Massenorganisation im Deutschen Reich. Durch die

Zielsetzung der DAF, stand allerdings nicht mehr der Kampf für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter*innen im Vordergrund, sondern vielmehr die militärische Aufrüstung des Deutschen Reiches um jeden Preis.

Die DAF setzte nicht auf Solidarität und Gleichheit, sondern stärkte stattdessen den Gedanken einer Volksgemeinschaft. Diese mythisch überhöhte Einheit der Deutschen war letztendlich der Nährboden für die Massenmorde, welcher über 13.000.000 Menschen, darunter 6.000.000 Jüd*innen, zum Opfer fielen.

Anstatt für die Interessen der Arbeiter*innen einzutreten war die DAF Teil einer Zerstörungsmaschinerie, welche dem verblendeten und wahn-sinnigen Glauben an ein Volk und rassistischen Überlegenheiten „arischer“ Menschen gegenüber anderen anhing. Der nationalsozialistische Arbeitskampf war also kein Klassenkampf, welcher sich gegen Kapitalist*innen und Besitzverhältnisse richtete, sondern stattdessen der Kampf einer Volksgemeinschaft gegen andere.

THEORIE UND PRAXIS RECHTER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die Theorie: Rechter Antikapitalismus

Was sind die Grundannahmen, auf denen das rechte Engagement in Betrieben und unter Arbeitenden fußt? Das wirtschaftspolitische Programm radikal rechter Gruppierungen (wie der III. Weg oder der völkische Flügel der AfD um Bernd Höcke) basiert auf der Annahme eines „Gesellschaftsfriedens“ (Höcke) bzw. „Wohl des Volkes“ (III. Weg), denen durch die staatliche Lenkung der Wirtschaft gedient werden soll. Mal mehr, mal weniger ausdrücklich wird dazu die Verstaatlichung überwiegender Teile der Wirtschaft gefordert. Den Rechten geht es darum, dass jedes „Volk“ eine eigene, von allen anderen unabhängige Wirtschaft entwickeln solle. Ins Werk gesetzt würde das dann vom „guten Unternehmer“, also von Boss*innen, die statt des Profits den „Gesellschaftsfrieden“ oder das „Wohl des Volkes“ im Sinn haben.

Aber auch Arbeiter*innen sollen in dieser Wirtschaftsordnung ihre Interessen unter die der staatlich definierten Volksgemeinschaft stellen. So stünden dann nicht mehr Arbeiter*innen und Kapital, sondern verschiedene Nationen miteinander im Gegensatz. Die „schlechte“, weil internationale Art des Wirtschaftens wird dabei immer mit den USA in Verbindung gebracht. Die Rechten glauben, damit das Übel unseres Wirtschaftssystems erkannt zu haben: Der Kapitalismus wirtschaftet den Falschen in die Taschen. Wenn man also die Richtigen einsetzen würde, eine nationale Elite von Entscheidungsträger*innen, die die Wirtschaft lenken und Befehle geben, dann wäre das wirtschaftliche Elend beseitigt. Das ist aber nicht zu Ende gedacht. Im Kapitalismus rennen alle – Kapitalist*innen und Arbeiter*innen – ständig Gewinnen hinterher, die nichts mehr mit menschlichen Bedürfnissen zu tun haben. Um das zu beenden, reicht es nicht, wenn andere Leute den Job der Kapitalist*innen machen. Denn auch hier wäre der entscheidende Maßstab für alle Leute, wie viel Wert sie hergestellt haben, ob nun für die „Volksgemeinschaft“ oder eine

Firma. Stattdessen müssen wir die Mittel für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse allen frei zur Verfügung stellen und Strukturen schaffen, in denen die Herstellung dieser Mittel koordiniert werden kann.

Entsprechend wird von Rechten zwar hier und da von einer zu geringen Entlohnung, zum Beispiel im Rahmen des gesetzlichen Mindestlohns oder schrumpfender Renten gesprochen. Aber Themen, die den Arbeitsalltag direkt betreffen, tauchen kaum auf: Arbeitsdruck und Produktivitätszwang, unmenschliche Arbeitszeiten, Überwachung und Kontrolle am Arbeitsplatz, Befristung und Unsicherheit des Lebensunterhalts. Der Entmündigung und Entrechtung einer auf Befehl und Gehorsam beruhenden Produktionsweise haben diese rechten Entwürfe nichts entgegenzusetzen.

Die Praxis: patriotische Betriebsräte, konservative Gewerkschaft

Wie werden diese Ideen in die Praxis rechter Gruppierungen umgesetzt? Hier lassen sich besonders zwei Stoßrichtungen erkennen: der Aufbau einer „alternativen“ Gewerkschaft, und die Anwerbung „patriotischer“ Betriebsräte. Was soll das heißen?

Bei den alternativen Gewerkschaften handelt es sich um zwei Initiativen: Den ALARM!, den „Alternativen Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland“, der am 1. Mai 2017 in Erfurt gegründet wurde. Hinter ihm steht der Flügel von Björn Höcke aus Thüringen; Gründer des ALARM! ist Jürgen Pohl, der im September von der thüringer Landesliste der AfD in den Bundestag gewählt wurde. Die Organisation ist bislang nicht öffentlich in Erscheinung getreten, sieht man von durch die AfD organisierten Kundgebungen ab, die den ALARM! zum Gegenstand hatten. Weder durch Veröffentlichungen, noch durch Infrastruktur oder Betriebsarbeit bekommt man von der alternativen Gewerkschaft etwas mit. Da sie nicht über eine Website verfügt, ist es bisher auch schwierig geblieben, die inhaltlichen Positionen oder Programme ausfindig zu machen, die den ALARM! von anderen Gewerkschaften abgrenzen könnten. Auch die Zentrum Automobil erhebt den Anspruch, eine konservative Gewerkschaft zu sein. Sie sind bereits seit Jahren im Mercedes Benz-Werk in Untertürkheim (Stuttgart) vertreten und wollen demnächst zahlreiche Kandidat*innen für die

Betriebsratswahlen ins Rennen schicken. In ihren Veröffentlichungen ist in erster Linie davon die Rede, der DGB-Gewerkschaft IG Metall in die Suppe zu spucken. Besonderer Wert wird darauf gelegt, dass eine globalisierte Wirtschaft andere Gewerkschaftsarbeit bräuchte. Allerdings ist keine Rede davon, wie eine der Globalisierung angemessene gewerkschaftliche Organisation aussehen soll.

Das wird ergänzt durch ein Programm zur Anwerbung „patriotischer Betriebsräte“. Dieses Programm wird maßgeblich von der Fundraising- und Lobby-Plattform Einprozent getragen. Sie haben Workshops für die Betriebsratsarbeit abgehalten und beraten interessierte Arbeiter*innen dazu, wie sie bei den diesjährigen bundesweiten Betriebsratswahlen (März bis Mai) eigene Listen anmelden können. Hier wird also darauf gebaut, in der nächsten Zeit verstärkt nationalistisch und faschistisch eingestellte Arbeiter*innen in die Vertretungsgremien zu bringen. Die Kampagne „Werde Betriebsrat“ präsentiert dabei kein wirtschafts- oder sozialpolitisches Programm, sondern möchte politisch motivierten Kündigungen von „Patriot*innen“ und linker Gesinnungshoheit im Betrieb entgegenwirken. Nachweise für das Vorliegen der erwähnten zahlreichen politischen Kündigungen bleibt die Kampagne bislang schuldig.

Die Verbindung zwischen der Praxis von Rechten, aus politischen Gründen in die Betriebsarbeit einzusteigen und den präsentierten wirtschaftlichen Entwürfen besteht bisher also kaum. Das ergibt Sinn: schließlich ist es Teil der wirtschaftlichen Theorien von Rechts, dass die Betriebe und Arbeiter*innen den Entscheidungen des Staates und der Partei über den „Gesellschaftsfrieden“ bzw. das „Wohl des Volkes“ unterworfen werden sollen. Die gesamte Praxis rechter Betriebsarbeit zielt also nicht auf eine neuartige, „alternative“ Weise des Arbeitskampfes ab, sondern darauf, Arbeiter*innen in parteipolitisch gelenkten Organisationen zusammenzufassen.

ANARCHOSYNDIKALISTISCHE GEGENSTRATEGIEN

Es konnten einige zentrale Aspekte der rechten Mobilisierung im wirtschaftlichen Bereich ausgemacht werden (siehe voriges Kapitel): Theoretisch streben Rechte einen Austausch der Kapitalist*innen durch nationale Befehlshaber*innen mit parteipolitischem Segen an. Dadurch sollen Interessengegensätze zwischen Arbeiter*innen und Boss*innen verschwinden. Stattdessen würden „Volksgemeinschaften“ miteinander in Konkurrenz stehen. Praktisch zielen die rechten Initiativen auf den Aufbau parteipolitischer Vorfeldorganisationen.

Internationale Belegschaft - Internationale Gewerkschaft

Bei diesem Aufbau Rechter „Arbeiter*innenorganisationen“ bedienen sich Rechte insbesondere der Kritik an der Globalisierung und an den DGB-Gewerkschaften. Was mit „Globalisierung“ eigentlich gemeint ist, wird nicht genau gesagt. Wahrscheinlich beziehen sie sich hier in erster Linie auf die Verlegung von Produktions-Jobs nach außerhalb Deutschlands und die der Zahl von Arbeiter*innen ohne deutschen Pass. Die rechte Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ möchte eine zeitgemäße gewerkschaftliche Antwort auf diese Globalisierung haben, die sie bisher jedoch nicht bieten können. Da sie nicht liefern, können Anarchosyndikalist*innen mit Ideen aufwarten: Gewerkschaftlicher Internationalismus! Das heißt, einerseits auch migrantische Arbeitsverhältnisse in die Arbeit mit einzubeziehen, wie es bei der FAU seit Jahren Gang und Gäbe ist, bspw. in der Foreigner's Section des Syndikats Berlin. Auf der anderen Seite muss die internationale Zusammenarbeit unter Syndikalist*innen weiter verstärkt werden, um in den unentwerrbar verknüpften Zulieferer- und Wertschöpfungsketten der heutigen Wirtschaft gemeinsam gegen Ausbeutung kämpfen zu können. Das ist also das genaue Gegenteil des

Standortnationalismus, den die großen Gewerkschaften seit Jahrzehnten vertreten.

Diese – in unseren Augen unerlässliche – Gegenstrategie wirft ein kompliziertes Problem auf. Dieses betrifft die Arbeitsbereiche rechter und anarchosyndikalistischer (pseudo-)Gewerkschaften: Während die Rechten v.a. in der Industrie, besonders im Metall- und Automobilbereich aktiv sind, hatten die FAU und andere Syndikalist*innen weltweit in den letzten Jahren vor allem im Service- und Logistikbereich Erfolge. Dieser Bereich hat sehr internationale, häufig wechselnde Belegschaften. Im klassischen, produzierenden Gewerbe haben Syndikalist*innen zumindest in Deutschland keine wahrnehmbare Präsenz. Die Bereiche, in denen Rechte tätig sind, zeichnen sich eher durch eine Internationalisierung der Verwertungsketten aus, nicht der Belegschaft. Sie werden in den nächsten Jahren von „negativen“ Folgen der Globalisierung vergleichsweise wenig betroffen sein. Möchten Anarchosyndikalist*innen der rechten Mobilisierung also direkt entgegenzutreten, muss paradoxerweise nicht so sehr an den internationalistischen Strategien gearbeitet werden, die bereits jetzt als zukunftsweisend für die gesamte Gewerkschaftsbewegung angesehen werden können, sondern an der Fähigkeit, in den klassischen Produktionsbereichen wirksam Arbeiter*innen anzusprechen und zu organisieren. Auf der anderen Seite ist der Anteil der Industrie an den Arbeitsplätzen bereits jetzt nur noch 18%. Ausgerechnet von den Automobilherstellern, die die Rechten ins Visier nehmen, hängt in Deutschland aber weiterhin wirtschaftlich sehr viel ab. Ob eine eigene anarchosyndikalistische Industrie-Strategie in Anbetracht all dessen ein sinnvolles Projekt wäre, bleibt fraglich.

13

Keinen Kampf verloren geben!

Wie ist auf das zweite Standbein der Agitation der Rechten im Betrieb zu reagieren? Sie schimpfen hier auf die DGB-Gewerkschaften, da diese völlig im sogenannten „Co-Management“ aufgehen und nichts für die Arbeiter*innen tun würden. Damit ist gemeint, dass die Betriebsräte unter Anleitung der Gewerkschaften hinter verschlossenen Türen mit der Betriebsleitung verhandeln und die Kolleg*innen dann vor vollendete Tatsachen stellen. Die großen Gewerkschaften, die auf Amtsträger*in-

nen und Funktionär*innen in der Betriebsarbeit setzen, verhalten sich tatsächlich oft wenig kämpferisch gegenüber den Boss*innen. Im Unterschied dazu führt die FAU jeden Arbeitskonflikt, mit dem mindestens ein Mitglied konfrontiert ist. An der „betrieblichen Mitbestimmung“ der Betriebsräte wird dabei nur insoweit teilgenommen, wie wichtige Informationen dadurch gewonnen werden können. Während eines Arbeitskampfes passiert das, was die FAU-Mitglieder im Betrieb bestimmen. Dabei werden sie von Genoss*innen des Syndikats unterstützt; auf diese Weise ist die Möglichkeit des Co-Managements kaum gegeben. Die Arbeitsweise der anarchosyndikalistischen Gewerkschaften stellt also schon eine wirkungsvolle Entgegnung auf die Agitation von Rechts dar.

Damit ist auch das Stichwort zur Antwort auf die rechte Wirtschaftstheorie gegeben. Denn den Interessen der Arbeiter*innen ist wenig damit gedient, bloß andere, „deutscher“ Boss*innen zu finden und die Betriebe parteipolitisch auf das „Wohl des Volkes“ gleichzuschalten. Im vorangegangenen Kapitel wurde gezeigt, dass dies den Funktionsmechanismus des Kapitals auch überhaupt nicht stört. Stattdessen muss es darum gehen, die Unabhängigkeit der Arbeiter*innen vom Lohn und den Befehlen der Chef*innen zu erreichen. Auf kurze Sicht bedeutet das: mehr Geld, weniger Arbeitszeit, weniger Kontrolle und Überwachung, weniger Leistungs- und Arbeitszwang. Auf lange Sicht kann diese Unabhängigkeit nur erreicht werden, indem alle Arbeiter*innen die Verwaltung ihrer Betriebe übernehmen und dort selbst bestimmen, wie, wie viel und wofür gearbeitet werden soll.

Während der Anarchosyndikalismus also bereits über tragfähige praktische und theoretische Entgegnungen auf die Herausforderung rechter Betriebsarbeit verfügt, liegt das Problem eher in der Reichweite. Die wirtschaftlichen Bereiche, in denen Rechte aktiv werden, sind bisher von Anarchosyndikalist*innen in Deutschland kaum erreicht worden. Der Eintritt in selbstorganisierte Gewerkschaften, die durch die Ermächtigung der Lohnabhängigen die Klassenverhältnisse ins Wanken bringen können, stellt daher die wirksamste Form betrieblichen Antifaschismus dar.

1. MAI: TAG DER ARBEITSKÄMPFE

Abenddemo für die klassenlose Gesellschaft

Der erste Mai steht für die Errungenschaften der Arbeiter*innenbewegung. Für wilde Streiks und direkte Aktionen. Er steht für die Bewegung der Lohnabhängigen, die sich selbst organisieren, um für ihre Rechte zu kämpfen.

Daran möchten wir am Abend des 1. Mai 2018 erinnern. Gleichzeitig fragen wir uns, wie wir als abhängig lebende und arbeitende Klasse die Kämpfe der Vergangenheit sinnvoll aufgreifen, weiter führen, erweitern und an die neue Zeit anpassen können.

Dabei sprechen wir auch von allen Lohnabhängigen. Weltweit. Nach unserer Meinung können wir nur gemeinsam die Klassengesellschaft aufheben und das kapitalistische System überwinden. Dabei ist uns bewußt, dass es global große Unterschiede zwischen der Lebenssituation von Arbeiter*innen gibt.

Viele Strukturen der Herrschaft sorgen zusätzlich für Benachteiligungen unter Beschäftigten: Frauen* und andere

vom Patriarchat diskriminierte, Handarbeiter*innen, Erwerbslose, Zeitarbeiter*innen, Lohnabhängige aus (post-)kolonisierten Ländern, People of Color, Geflüchtete, Zwangsarbeiter*innen, behinderte Arbeiter*innen, uvm.. Alle sehen sich im Alltag und auf der Arbeit noch extremerer Ausbeutung und Unterdrückung ausgesetzt.

Um eine gemeinsame Bewegung aufzubauen, müssen wir deswegen auch die Spaltung und Diskriminierung untereinander beenden und bekämpfen. Erfolgreiche Kämpfe, die uns untereinander gleichberechtigt werden lassen, stärken unsere Bewegung und unterstreichen unser Ziel nach einem freien Leben ohne Herrschaft und Abhängigkeit.

Ihr seid herzlich dazu eingeladen, diesen Tag mit uns zu gestalten und die Tradition der Arbeitskämpfe neu zu beleben.

Vi.S.d.P.: Milena Wittkopp, Straße der Freiheit 161, 13127 Berlin



kämpferisch | solidarisch | selbstorganisiert

Ort und Zeit der Demo und
Kontakt der FAU Chemnitz:
fauchemnitz.blogspot.de